

## Entwurf – Erklärung von Biel

---

Die Schweizer Demokratie ist weltweit einzigartig; sie kennt politische Partizipation in verschiedenen Formen auf allen drei Staatsebenen und erlaubt das Mitreden, Mitentscheiden und Mitgestalten. Demokratie fällt aber nicht vom Himmel. Die aktive Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben in einer Demokratie muss geübt werden. Dies setzt Wissen und Kompetenzen voraus, welche durch politische Bildung erworben werden. Politische Bildung ist bestrebt, Menschen zu einem Engagement in demokratischen Gemeinschaften und Gesellschaften zu befähigen und zu motivieren.

Besonders relevant ist politische Bildung für junge Erwachsene.<sup>1</sup> Die formale politische Partizipation der unter 30-Jährigen ist nach wie vor unterdurchschnittlich, obwohl sie politische Entscheide am längsten betreffen. Junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren stimmen besonders selektiv ab: «Sie gehen abstimmen, wenn es sich um Vorlagen handelt, die sie direkt betreffen, die für sie eine Bedeutung haben und in den Medien stark präsent sind oder die schlicht weniger komplex sind.»<sup>2</sup> Wenn Jugendliche glauben, dass demokratische Prozesse und Entscheidungen Probleme nicht lösen, beteiligen sie sich signifikant weniger.<sup>3</sup> Durch politische Bildung wird bei jungen Menschen hingegen die Fähigkeit gefördert, sich in Gesellschaft zu orientieren, auf einer demokratischen Grundlage politische Probleme kompetent zu beurteilen und sich zu engagieren. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Demokratiefähigkeit und politischen Mündigkeit.<sup>4</sup>

Die grosse Bedeutung von politischer Bildung zur Stärkung der Demokratie machen diverse politische Vorstösse und die gemeinsamen Absichtserklärungen von Bund und Kantonen klar. Dennoch scheint es an politischem Willen zu fehlen, jene Erklärungen umzusetzen. Doch die politische Bildung vom jüngsten Kindesalter an verdient es, auf allen Ebenen und in allen Regionen der Schweiz gestärkt zu werden. Zunehmend wird auch von jungen Intitiant\*innen nach mehr politischer Bildung verlangt, doch wie soll die politische Bildung in der Schweiz verankert werden?

**Hans Stöckli ist überzeugt: «Ich will so viele junge Menschen wie möglich für unser Land, unsere Demokratie, unsere Institutionen und die politische Arbeit begeistern!»**

In seinem Amt als Ständeratspräsident, hat Hans Stöckli verschiedene Projekte besucht und eine Tagung initiiert, an welcher die «Erklärung von Biel» erarbeitet wurde: Menschen aus Politik, Verwaltung, formaler und ausserschulischen Bildung, Jugendliche sowie Expert\*innen aus dem Ausland haben dazu die aktuell wichtigsten Herausforderungen definiert, diskutiert und politische Empfehlungen für alle drei Staatsebenen abgeleitet.

---

<sup>1</sup> Himmelman, G. 2002. Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. S. 31-39. In *Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung*. Schwalbach: Wochenschau-Verlag.

<sup>2</sup> DSJ. 2018. [Selektives Abstimmungsverhalten junger Erwachsener](#).

<sup>3</sup> gfs.bern. 2016. [easyvote-Politikmonitor 2016](#).

<sup>4</sup> Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung. 2004. *Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen*. Schwalbach: Bundeszentrale für politische Bildung.

## 1. Gemeinsames Verständnis von politischer Bildung

In der Schweiz ist die Diskussion über ein gemeinsames Verständnis von politischer Bildung, im Gegensatz beispielsweise zu Deutschland, noch nicht weit fortgeschritten. Forschende zur politischen Bildung sind sich einig, dass sich erfolgreiche politische Bildung nicht nur auf reine Wissensvermittlung stützt. Die Definition der [Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung](#) von 2010 beschreibt politische Bildung wie folgt:

*«Bildung, Ausbildung, Bewusstseinsbildung, Information, Praktiken und Aktivitäten, deren Ziel es ist, Lernende durch die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis sowie der Entwicklung ihrer Einstellungen und ihres Verhaltens zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren».*

Politische Bildung soll demnach ermöglichen, sich über das politisch-gesellschaftliche Leben zu informieren, zu interessieren und daran teilzuhaben.<sup>5</sup> Für den schulischen Kontext hat politische Bildung zum Ziel, Schüler\*innen zu befähigen, ihre Rolle als aktive Staatsbürger\*innen wahrzunehmen. Dabei ist politische Bildung weder ausschliesslich Wissen vermittelnd noch ausschliesslich handlungsorientiert gestaltet, sondern als [Unterrichts-]Prinzip zu konzipieren, welches neben dem Verständnis von Politik und Staat auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge beleuchtet werden.<sup>6</sup>

Politische Bildung lässt sich jedoch nicht auf einzelne Bildungsbereiche oder –stufen begrenzen. Sie ist ein lebenslanger Prozess und umfasst sowohl die formale als auch die ausserschulische und informelle Bildung.<sup>7</sup>

- **Formale Bildung** findet in einer anerkannten Bildungsinstitution statt. Lernen geschieht in einem strukturierten und organisierten Umfeld, in welchem verschiedene Fachbereiche abgedeckt werden. Anhand definierter Lernziele wird Bildung gemessen und ausgezeichnet.
- **Ausserschulische Bildung** wird auch als non-formale Bildung bezeichnet und bezieht sich auf das Lernen ausserhalb des staatlichen Bildungssystems, die Angebote werden freiwillig besucht. Das Lernen ist zielgerichtet und deckt ein weites Feld sozialer und gesellschaftlicher Bereiche ab.
- **Informelle Bildung** findet in „alltäglichen“ Situationen statt. Lerninhalte, -unterstützung und -zeitpunkt sind nicht klar strukturiert. Lernen ist selbstgesteuert, interessengeleitet und findet lebenslang an schulischen und ausserschulischen Lernorten statt.

Auch andere Konzepte und Ansätze greifen die politische Bildung auf oder sind Bestandteil der politischen Bildung. Dazu gehört beispielsweise die Menschenrechtsbildung, Global Citizen Education (GCE) oder Bildung zur nachhaltigen Entwicklung (BNE, siehe [éducation21](#)).

### 1.1 Formale Bildung

Die Schule spielt eine doppelte Rolle im Bereich der politischen Bildung: Einerseits ist es ein Ort der Vermittlung von Wissen, andererseits ist die Schule auch ein wichtiger Lebensraum in dem Erfahrungen gemacht werden können. Sie ist ein Raum, in dem Demokratie erlebt und Partizipation ermöglicht werden kann.<sup>8</sup> Zudem können in der Schule alle Schüler\*innen erreicht werden. Nicht nur bereits Interessierte werden gefördert, sondern auch jene Schüler\*innen, welche im Elternhaus wenig Berührungspunkte mit Politik erleben.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Gautschi, P. und B. Bürgler. 2017. Historisches Lernen und Politische Bildung in der Deutschschweiz auf der Sekundarstufe I. S. 141–173. In *Politische Bildung im Fächerverbund*. Schwalbach: Bundeszentrale für politische Bildung

<sup>6</sup> Gollob, R., C. Graf-Zumsteg, B. Bachmann, S. Gattiker und B. Ziegler. 2007. *Politik und Demokratie – leben und lernen, Politische Bildung in der Schule. Grundlagen für die Aus- und Weiterbildung*. Schulverlag: Bern.

<sup>7</sup> Rickenbacher, I. 2005. Jugend, Politik und politische Bildung. S. 7. In *Demokratie leben, Demokratie lernen. Textsammlung im Rahmen des Europäischen Jahres der politischen Bildung*. Bern: SBF.

<sup>8</sup> Gollob et al. 2007.

<sup>9</sup> Sanders, W. 2005. *Handbuch der Politischen Bildung*. Schwalbach: Bundeszentrale für politische Bildung.

Politische Bildung ist heute in vielen Staaten ein fester Bestandteil des Bildungssystems, wie auch in den Schweizer Lehrplänen. Die konkrete Umsetzung der politischen Bildung wird jedoch noch wenig diskutiert. In Deutschland wurde bereits in den 1970 ein fachdidaktischer Minimalkonsens, der sogenannte **Beutelsbacher Konsens**, mit drei Prinzipien formuliert:

1. **Überwältigungs- und Indoktrinationsverbot:** Lehrer\*innen dürfen den Schüler\*innen die eigene Meinung nicht aufzwingen. Es soll eine freie politische Meinungsbildung gefördert werden.
2. **Ausgewogenheit bzw. Kontroversität:** Themen, die in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden, sollen auch im Unterricht kontrovers diskutiert werden. Verschiedene politische Standpunkte sollen berücksichtigt werden.
3. **Schülerinnen- und Schülerorientierung:** Schüler\*innen sollen eine politische Situation und eigene Werte und Interessen analysieren können und befähigt werden, die vorgefundene politische Situation in ihrem Interesse zu beeinflussen

Dieser Konsens ist in der Schweiz noch wenig bekannt und könnte auch Schweizer Lehrpersonen helfen, politische Bildung umzusetzen.

### Institutionelle und gesetzliche Verankerung der formalen Bildung

Hauptverantwortung für die Bildung in der Schweiz tragen die Kantone. Dazu koordinieren die 26 kantonalen Erziehungsdirektor\*innen ihre Arbeit auf nationaler Ebene in der politischen Behörde der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (**EDK**). Auf Ebene Bund ist das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (**SBFI**) als Fachbehörde zuständig für die Vorbereitung und Umsetzung der Schweizer Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystem-Politik. Das SBFI übernimmt in Koordination mit seinen Partner\*innen verschiedene Aufgaben.

Aufgrund des dezentralen Bildungssystems gibt es grosse Unterschiede zwischen den Strukturen der Kantone in Bezug auf politische Bildung.<sup>10</sup>

### Aktuelle Verankerung in nationalen und regionalen Lehrplänen:

- **Lehrplan 21:** Politische Bildung ist kein eigener Fachbereich. Jedoch werden in allen drei Zyklen Kompetenzen zum Thema Politische Bildung erworben. Im Zyklus 3 z.B. im [Abschnitt "Natur, Mensch, Gesellschaft"](#) im [Programm "Räume, Zeiten, Gesellschaften"](#) im Schulfach Geschichte und Geographie. Für alle 3 Zyklen im Bereich der Überfachlichen Kompetenzen [«Soziale Kompetenzen»](#). Als Aspekt der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE<sup>11</sup>) nimmt auch der Lehrplan Ziele der politischen Bildung auf (Kapitel [Politik, Demokratie und Menschenrechte](#)).
- **Plan d'études romand (PER):** Verankert im Abschnitt [«Sciences humaines et sociales \(SHS\) – Citoyenneté »](#)
- **Piano di studio (Ticino) :** 2018 Einführung der Staatsbürgerkunde als Schulfach (["capitolo Storia ed Educazione civica, alla cittadinanza e alla democrazia"](#)) auf Sekundarstufe II und Mittelschule (2 Lektionen/Monat).
- Im [Rahmenlehrplan für den allgemein bildenden Unterricht](#) der beruflichen Grundbildung wurden vier Bildungsziele für den Bildungsaspekt Politik formuliert.
- Im [Rahmenlehrplan für Maturitätsschulen](#) wird der Staatskundeunterricht dem Fach Geschichte zugeordnet.

<sup>10</sup> Stadelmann-Steffen, I., D. Koller und L. Sulzer. 2015. *Politische Bildung auf Sekundarstufe II. Eine Bilanz. Expertenbericht im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation*. Bern: SBFI. [Link](#).

<sup>11</sup> Zum Verhältnis BNE - politische Bildung siehe [Interpellation Masshardt](#).

### Aktuelle Verankerung in kantonalen Bildungsplänen:

- **Aargau:** 2018 Regierungsratsbeschluss zum [Fach "Politische Bildung"](#) im 11. Schuljahr (1 Wochenlektion)
- **Basel-Stadt:** 2016 Aufnahme des Fachs «Politische Bildung» im [Fachbereich "Räume, Zeiten, Gesellschaften"](#) im 10. und 11. Schuljahr (1/2 Wochenlektion)
- **Basel-Land:** 2021 Neuer [Lehrplan Politische Bildung](#) für Gymnasium und FMS
- **Genf/Freiburg/Neuenburg:** Fach Citoyenneté im Zyklus 2
- **Wallis/Waadt/Genf:** Citoyenneté als Teil von Geschichte oder Geographie

Die Stärkung der politischen Bildung in der formalen Bildung ist regelmässig Gegenstand von politischen Vorstössen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Mit einigen Ausnahmen wurden diese Anliegen mit Hinweis auf die Zuständigkeit der Kantone nicht weiter behandelt.<sup>12</sup>

### Beispiele für politische Vorstösse im National- und Ständerat (2011 – 2021)

- 2013: [Interpellation Aubert](#): Bildungsverordnung 2012. Kein Staatskundeunterricht mehr für Lehrlinge und Gymnasiasten?
- 2014 [Postulat Masshardt](#): Stärkung der politischen Bildung
- 2015 [Interpellation Reynard](#): Staatskundeunterricht und Berufslehre. Wer die Allgemeinbildung fördert, fördert nicht auch die politische Bildung  
[Postulat Masshardt](#): Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse
- 2016 Verabschiedung bundesrätlicher Bericht «[Staatskundeunterricht auf Sekundarstufe II. Eine Bilanz](#)» in Erfüllung des [Postulats Aubert \(2013\)](#) und dem zugehörigen [Expertenbericht \(2015\)](#). Aufgrund der Ergebnisse des Expertenberichts stellte der BR fest, dass die Situation im Bereich Staatskunde auf Sekundarstufe II keine grundlegenden Defizite aufweise. Es fehle allerdings ein breit abgestütztes Verständnis darüber, was vermittelt werden solle. Als weitere Massnahme wurden 2018/2019 unter Leitung der EDK und SBFJ [fünf Thesen formuliert](#). Sie bilden die Grundlage für die Konkretisierung auf Sekundarstufe II und dienen als Referenzdokument für künftiger Revisionen der Rahmenlehrpläne und Bildungspläne
- 2016 [Interpellation Amherd](#): Mitverantwortung des Bundes bei der Förderung der politischen Bildung  
[Postulat Caroni](#): Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz
- 2018 Erstellung Bericht «[Politische Bildung in der Schweiz - Gesamtschau](#)» durch das SBFJ aufgrund des Postulats Caroni. Der Bericht legte dar, dass es auf allen Stufen und in allen Bereichen des Bildungssystems ein breites Spektrum an Aktivitäten gäbe, die das politische Interesse fördern und Menschen befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Fördermöglichkeiten und Informationsangebote würden beim Bund im Vordergrund stehen. Die Strukturen und Praktiken zur Förderung von politischer Bildung hätten sich grundsätzlich bewährt.
- 2020 Bundesbeschluss über die [Legislaturplanung 2019-2023: Artikel 8 Absatz 27](#) (Verabschiedung der Botschaft für die politische Bildung der jungen Generation unter Einbezug der Kantone)
- 2021 [Parlamentarische Initiative Masshardt](#): Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse

<sup>12</sup> Koller, D. 2017. *Politische Partizipation und politische Bildung in der Schweiz. Eine empirische Untersuchung des Partizipationsverhaltens junger Erwachsener in der Schweiz*. Bern: Institut für Politikwissenschaften.

## 1.2 Ausserschulische Bildung

Im Sinne des lebenslangen Lernen haben Akteur\*innen ausserhalb des formalen Bildungssystems auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einen grossen Einfluss und befähigen sie auch zu politischer Mündigkeit<sup>13</sup>. Am Partizipations- und Lernerfolg sind in der Schweiz unterschiedliche Akteur\*innen wie Bildungsinstitutionen, Vereine, Gemeinden, NGOs oder öffentliche Institutionen beteiligt. Für die Gestaltung der Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen der Kinder- und Jugendpolitik sind zahlreiche Akteure auf drei politischen Ebenen zuständig. Sie setzen sich für Stärkung, Koordination und Vernetzung der ausserschulischen politischen Bildung auf verschiedenen Ebenen ein.

### Institutionelle und gesetzliche Verankerung der formalen Bildung

Für politische Bildung existiert kein öffentlicher Auftrag zur Förderung der politischen Bildung und ein gemeinsames nationales Konzept zur politischen Bildung fehlt. Gemäss Bundesverfassung und unter Beachtung der [Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik](#) des Bundesrates<sup>14</sup> und der [UN-Kinderrechtskonvention Art. 12](#)

- sind Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu selbständigen und sozial verantwortlichen Menschen zu fördern. Ihre soziale, kulturelle und politische Integration ist zu unterstützen (Art. 41 Abs. 1 Bst. g BV).
- haben Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf Förderung ihrer Entwicklung (Art. 11 Abs. 1 BV).
- obliegt Bund und Kantonen eine Bildungsverantwortung (Art. 41 Abs. 1 Bst. f BV).

Als wichtige Bundesnorm zur Kinder- und Jugendpolitik auf nationaler Ebene gilt das [Kinder- und Jugendförderungsgesetz \(KJFG\)](#), Bundesamt für Sozialversicherungen ([BSV](#)). Im Zentrum der Vorlage stehen die soziale, kulturelle und politische Integration von Kindern und Jugendlichen bis zum vollendeten 25. Altersjahr sowie der Ausbau von offenen und innovativen Formen der ausserschulischen Arbeit.<sup>15</sup> Relevant ist in diesem Zusammenhang auch die [Verordnung über Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie zur Stärkung der Kinderrechte](#) (BSV).

Verschiedene Kommissionen und Konferenzen beschäftigen sich auf nationaler Ebene mit Kinder- und Jugendförderung:

- [KKJP](#): Die Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung fördert als fachtechnische Konferenz der SODK den Kontakt zwischen den Kantonsvertreter\*innen.
- [PGKJ](#): In der Parlamentarischen Gruppe Kinder und Jugend engagieren sich National- und Ständerät\*innen für Anliegen der Kinder und Jugendlichen.
- [EKKJ](#): Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen ist eine ständige ausserparlamentarische Kommission und berät den Bundesrat in kinder- und jugendpolitischen Belangen.

Daneben sind die Kantone und Gemeinden befugt, **kantonale und kommunale Gesetze zur Förderung der Kinder- und Jugendpolitik** zu erlassen, wie z.B. Jugendkommissionen oder Finanzhilfen. Als einziger Kanton gewährt der **Kanton Glarus** Schweizer\*innen unter 18 Jahren zudem umfassende politische Rechte: Stimmrechtsalter 16 gemäss [Kantonsverfassung Art. 56](#) für kantonale und kommunalen Abstimmungen. Eine Übersicht zur Förderung findet sich bei [Kinder- und Jugendpolitik Schweiz](#).

<sup>13</sup> Stadelmann-Steffen et al. 2015.

<sup>14</sup> Kinder- und Jugendpolitik. Definitionen. [Link](#).

<sup>15</sup> Kinder und Jugendpolitik. Grundlagen und Zuständigkeiten. [Link](#).

## Politische Vorstösse im National- und Ständerat (2011 – 2021)

Neben der Stärkung von politischer Bildung in der formalen Bildung war die Förderung im ausser-schulischen Bereich Thema verschiedener politischer Vorstösse.

- 2011 Anfrage Rennwald: Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen und der Migrantinnen und Migranten verbessern
- 2012 Anfrage Gross: Behebung demokratischer Defizite
- 2013 Postulat Reynard: Die Jugendsession stärken
- 2014 Postulat Reynard: Stimmrechtsalter 16 und Förderung politischer Bildung  
Motion Amherd: Förderung des Projektes "Schulen nach Bern"  
Motion Bulliard-Marbach: Stärkung des Milizprinzips auf Gemeindeebene
- 2016 Postulat Reynard: Politische Partizipation der Jugendlichen. Die politische Bildung verstärken und eine Senkung des Stimmrechtsalters prüfen  
Postulat Caroni: Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz  
Interpellation Müller: Wie kann unser politisches System gestärkt werden?  
Motion Staatspolitische Kommission SR: Das Polit-Forum Käfigturm muss weiterbestehen
- 2017 Parlamentarische Initiative Mazzone: Politische Rechte ab 16 Jahren  
Postulat Seiler Graf: Easyvote in allen Gemeinden
- 2019 Postulat Bendahan: Finanzielle Mittel, die ursprünglich für die elektronische Stimmabgabe vorgesehen waren, sollen zur Förderung der politischen Beteiligung junger Menschen verwendet werden  
Parlamentarische Initiative Arslan: Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben (Behandelt vom Nationalrat)
- 2020 Postulat Suter: Förderung der Stimm- und Wahlbeteiligung

### 1.3 Politische Bildung in Europa

Für eine umfassende Darstellung von politischer Bildung an den Schulen in Europa ist die Lektüre des [Eurydice Berichts 2017](#) der Europäischen Kommission empfohlen.

- **Europa:** Der [Europarat](#) vereinigt regelmässig Repräsentant\*innen der politischen Bildung aus seinen Mitgliedstaaten, um gemeinsam Themen voranzutreiben. Die Plattform Networking European Citizenship Education ([NECE](#)) ist eine europäische Initiative zur politischen Bildung. NECE ist eine offene, nicht institutionalisierte Gemeinschaft von Akteuren und Praktiker\*innen. NECE ist ein Bindeglied für Themen der politischen Bildung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Das [DARE](#) Netzwerk ist eine Vereinigung von 50 Organisationen aus 27 Staaten mit dem Ziel die Anliegen von ausser-schulischen politischen Bildung und Menschenrechtbildung auf europäischer Ebene besser zu vertreten.
- **Deutschland:** Die [Bundeszentrale für politische Bildung](#) fördert das Verständnis für politische Sachverhalte und stärkt die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit. Aufgrund des Bildungsföderalismus existieren auch [auf Ebene Bundesland Landeszentralen](#), welche unabhängig voneinander arbeiten und Kooperationen eingehen. Ihr Wirkungsspektrum umfasst die ausser-schulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung wie auch die politische Bildung in der Schule. [Politische Stiftungen](#) übernehmen ebenfalls Bildungsarbeit und erhalten für ihre Tätigkeiten öffentliche Zuwendungen. In der ausser-schulischen politischer Bildung sind [verschiedene weitere Akteure und Trägerschaften](#) zuständig.

- Frankreich:** Frankreich hebt sich von den EU-Ländern dadurch ab, dass es das einzige Land mit einer spezifischen staatsbürgerlichen Bildung im gesamten Lehrplan der Schulen gibt. Staatsbürgerliche Bildung wird bereits in der Grundschule unterrichtet und die Mitbestimmungsgremien und die Rechte der Schüler\*innen wurden insbesondere in der Sekundarschule in den letzten Jahrzehnten erheblich ausgebaut. Der ausserschulische Bereich ist hingegen wenig formalisiert<sup>16</sup>. Wichtigste Institution ist das L'Institut de la concertation et de la participation citoyenne ([ICPC](#)). Das unabhängige Diskussions- und Reflexionsforum ist als Netzwerk organisiert und stützt sich bei der Durchführung seiner Aktivitäten auf die Bedürfnisse und Initiativen seiner Mitglieder.
- Italien:** Verantwortlich für politische Bildung ist das Bildungsministerium. Es legt die Prioritäten für die Ausbildung fest, überwacht die Aktivitäten, trifft Vereinbarungen mit den Anbieter\*innen sowie der Akkreditierung. Es hat eine [Richtlinie](#) mit spezifischen Lernzielen herausgegeben, welche die Behandlung von Themen wie Verfassung, nationale, europäische und internationale Institutionen oder digitale Staatsbürger\*innenkunde vorschlägt. Daneben bietet das Ministerium Weiterbildungskurse für Lehrpersonen an<sup>17</sup>. Seit August 2019 besteht die [Gesetzesgrundlage](#) zur Einführung der obligatorischen [staatsbürgerlichen Erziehung](#) als eigenständiges Fach im Lehrplan der Primar- und Sekundarstufe. Festgelegt sind ab 1.09.2020 jährlich 33 Stunden «Staatsbürger\*innenkunde».
- Luxemburg:** Institutionell nimmt sich das [Zentrum für politisch Bildung](#) der Thematik politische Bildung an. Ziel ist die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, indem sie zu einem besseren Verständnis von Politik und Demokratie sowie der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen beitragen. Sie stellen Material über politische Bildung für Lehrpersonen, Schüler\*innen und die breite Öffentlichkeit zu Verfügung und bieten Weiterentwicklungsmöglichkeiten und Workshops an. Seit 2012 gibt es das Schulfach [Éducation à la citoyenneté](#). Ziel ist es, dass die Schüler\*innen aktiv werden - im Unterricht und auch außerhalb.
- Österreich:** Das [Zentrum Polis](#) ist die zentrale Serviceeinrichtung zur Politischen Bildung in der Schule, welche sich der Förderung der politischen Bildung an den Schulen widmet. Das Zentrum bietet Lehrpersonen Unterstützung bei der Vermittlung, dient als Informationsplattform und Beratungszentrum, entwickelt neue Unterrichtsmaterialien und bietet Best Practice. Es koordiniert den jährlichen Aktionstag Politische Bildung. Auf schulischer Ebene ist politische Bildung seit 2008 Teil des neu integrierten Schulfaches „Geschichte, Sozialkunde und politische Bildung“. Zudem wurde in Österreich ein Kompetenzmodell für die politische Bildung im Rahmen der Bürgererziehung entwickelt, in dem Konzept, Methode, Modelle und Entscheidungskompetenzen dargelegt werden<sup>18</sup>.

<sup>16</sup> [Cnesco 2016](#). Rapport Scientifique.

<sup>17</sup> Eurydice. 2017. [Educazione alla cittadinanza](#).

<sup>18</sup> Eurydice. 2017. [Citizenship education at school in Europe – Annex](#).

## 2. Thesen und politische Massnahmen

Um die politische Bildung in der Schweiz zu stärken sollen an der Fachtagung «En Route» politische Massnahmen auf allen drei Staatsebenen mit unterschiedlichen Akteur\*innen aus der formalen und ausserschulischen Bildung diskutiert und beurteilt werden.

Dazu wurden ausgewählte Gäste aus Politik, Verwaltung, Forschung, formalen Bildung, politischen Bildungsprojekten und der Jugendarbeit zur Tagung eingeladen. Bei der Anmeldung wurde nach aktuellen Herausforderungen und potentiellen Massnahmen gefragt. Die Antworten wurden vom Projektteam zu 10 Thesen zusammengefasst:

These	Herausforderung	Massnahmen
<b>1: Politische Bildung soll nicht nur Wissen vermitteln</b>	Kompetenzorientiertes Lernen findet sowohl in der Schule als auch ausserhalb statt. Das Potential wird noch zu wenig ausgeschöpft. Auch das Forschungsinstitut gfs.bern empfiehlt aktivierendes Lernen: «Die politische Bildung sollte in Zukunft vermehrt im Sinne eines aktiven Erlebens und Übens von Politik und politischer Auseinandersetzung gestaltet werden, weniger in Form von passivem Besprechen der Politik.» <sup>19</sup>	Bund 1.1 (Formaler) jugendpolitischer Austausch 1.2 Finanzielle Förderprogramme von aktivierenden Angeboten wie intergenerationalen, internationalen und sprachübergreifenden Austausch und Kohäsion 1.3 Aufnahme von aktivierenden Angeboten in Lehrpläne und regionale Jugendförderungsprogramme Kanton 1.4 Fächerübergreifender Projektunterricht 1.5 Grösserer Handlungsspielraum im regionalen Lehrplan Gemeinde 1.6 Politische Bildung von der Jugend für die Jugend Einbindung von Schüler*innen in Gemeindeprojekte
<b>2: Junge Erwachsene sollen mehr mitsprechen</b>	Kinder und Jugendliche unter 18 dürfen formal auf verschiedenen Staatsebenen in der Regel nicht mitbestimmen, dadurch wird ihre Stimme zu wenig berücksichtigt.	Bund 2.1 Nationale Jugendmotion 2.2 Nationales Jugendparlament 2.3 Quote Jungpolitiker*innen 2.4 Stimmrechtsalter 16 2.5 Junger Zukunftsrat mit Entscheidungskompetenz 2.6 Einbezug in die Entwicklung und Umsetzung von Lehrplänen Kanton

<sup>19</sup> gfs.bern, 2020. [easyvote-Politikmonitor 2019](#).



		2.7 Verbindliche Strukturen zur Mitbestimmung von Jugendlichen schaffen (z.B. mit Quoten oder Jugendkommissionen) Gemeinde 2.8 Verbindliche Strukturen zur Mitbestimmung von Jugendlichen schaffen (z.B. mit Quoten oder Jugendkommissionen)
<b>3: Politische Bildung braucht ausserschulische Erfahrungen</b>	Die Schule ist nicht für alle Jugendlichen der ideale, einzig mögliche Lernort und politische Bildung wird in vielen auch ausserschulischen Orten gelernt. Die Mittel für solche Angebote sind sehr knapp. Ausserschulische Akteur*innen sind teilweise gehemmt, politische Bildung umzusetzen.	Bund 3.1 Anpassung Kinder- und Jugendpartizipationsgesetz 3.2 Ausweitung Finanzierung für ausserschulische Projekte 3.3 Schaffung eines Instrumentes zur Anerkennung non-formellen Lernens mit zugehöriger Kampagne Kanton 3.4 Finanzierung für ausserschulische Projekte 3.5 Fach politische Bildung in der Ausbildung der Jugendarbeitenden Gemeinde 3.6 Zusammenarbeit Bildungsfelder «Schule» und «ausserschulische Jugendarbeit» 3.7 Errichtung eines Demokratiehauses
<b>4: Politische Bildung soll digital stattfinden</b>	Junge Menschen benutzen Informationsquellen in einer vielfältigen Form – dies gilt auch für Politik. Politische Bildung muss vermehrt auch vielfältige Kommunikationsquellen einbinden – etwa Wahlapps, Video- und Ton-Material. Dies widerspiegelt das Partizipationsbedürfnis von jüngeren Menschen: 77% der vom DSJ 2019 befragten Jugendlichen erachten Digitale Partizipationsmöglichkeiten als zentral für die Demokratie. <sup>20</sup>	Bund 4.1 Digitale Partizipation vereinfachen: E-Voting 4.2 Technische Möglichkeiten als Potential sehen, um politische Selbstbildung interaktiver und einladender zu gestalten. 4.3 Digitale Umfrage vor Session oder Abstimmungen mit Jugendlichen 4.4 Revidierung Informationsgesetze 4.5 Ausbau Bereich Information bei den Parlamentsdiensten 4.6 Fonds für Civic Tech Kanton 4.7 Digitale Partizipation in den kantonalen Verfassungen zulässig machen 4.8 Abstimmungen und Wahlen stärker online begleiten Gemeinde 4.9 Erweiterung VoteInfo für Gemeinden

<sup>20</sup> DSJ. 2019. Für eine gerechte Digitalisierung.

<b>5: Politische Bildung muss alle Jugendlichen erreichen</b>	<p>Die aktuellen Angebote der politischen Bildung richten sich nicht an alle Jugendlichen. Politische Bildung und Partizipation muss für jene Jugendlichen niederschwellig zugänglich sein, welche bisher wenig Berührungspunkte zu Politik erhalten. Insbesondere jugendliche in Randregionen, ohne Schweizer Bürger*innenrecht oder mit bildungsfernem Hintergrund, werden in der politischen Bildung vernachlässigt.</p>	<p>Bund</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>5.1 Konkrete Massnahmen für Jugendliche in Randregionen, ohne Schweizer Staatsbürgerschaft oder mit bildungsfernem Hintergrund definieren</li> <li>5.2 Stimmrecht Ausländer*innen</li> <li>5.3 Stärkung der formalen Bildung</li> <li>5.4 Förderung konsequenter antidiskriminierenden Massnahmen und Bereitstellung der Finanzierung</li> <li>5.5 Einfache Sprache und Kommunikationsmittel bei allen Bundespublikationen gewährleisten</li> </ul> <p>Kanton</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>5.6 Verankerung der Niederschwelligkeit bei kantonalen Kinder- und Jugendförderungsgesetzen</li> </ul>
<b>6: Politische Bildung braucht Ownership</b>	<p>Es gibt keine offiziell zuständige Stelle für die politische Bildung in der Schweiz. So erhält das Thema zu wenig Gewicht und wird nicht strategisch gesteuert und vorangetrieben.</p>	<p>Bund</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>6.1 Massnahmen zur Stärkung der Kinderrechte (UN-KRK Art. 19 und 34)</li> <li>6.2 Nationales Zentrum für politische Bildung</li> <li>6.3 Roadmap für formale und ausserschulische Bildung</li> <li>6.4 SBFI als koordinierender Akteur</li> <li>6.5 Schaffung einer nationalen Strategie zur Jugendförderung</li> <li>6.6 Bundesprogramm «Politische Bildung»</li> </ul> <p>Kanton</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>6.7 Gemeinsame Strategie der Kantone für formale Bildung</li> </ul>
<b>7: Politische Bildung muss in der Schule verankert sein</b>	<p>Politische Bildung ist stark vom Kanton und der Schulstufe abhängig. Durch die Verankerung in anderen Fächern, besteht die Gefahr, dass es auf Grund von mangelnder Zeit nicht genügend behandelt wird.</p>	<p>Bund</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>7.1 Ergänzung Berufsbildungsgesetz aufnehmen</li> <li>7.2 Nationale Studie zur Situation in der Berufsausbildung</li> <li>7.3 Referenzrahmen für politische Bildung</li> <li>7.4 Finanzierungsgefässe für Projekte im Bildungsbereich (analog KJFG)</li> </ul> <p>Kanton</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>7.5 Fach Politik mit LP21 / PER / Piano di studio umsetzen</li> <li>7.6 Fach politische Bildung auf Sek II Stufe</li> <li>7.7 Demokratie leben: Obligatorische Partizipationsstrukturen in der Schule (z.B. Klassenrat)</li> <li>7.8 Politische Bildung im (interdisziplinären) Projektunterricht</li> </ul>

		<p>7.9 Politische Bildung im Geschichtsunterricht</p> <p>7.10 Politische Bildung in Lehrmitteln</p> <p>7.11 Fachübergreifende politische Bildung z.B. durch Stärkung der Bedeutung der politischen Bildung in BNE</p> <p>7.12 Den Zugang zur Schule für ausserschulische Projekte der politischen Bildung einfacher gestalten</p> <p>Gemeinde</p> <p>7.13 Schule und kommunale Politik verbinden</p>
<b>8: Lehrpersonen müssen in politischer Bildung qualifiziert werden</b>	Lehrpersonen haben in ihrer Ausbildung wenig oder keine politische Bildung. Dadurch sind sie gehemmt politische Bildung im Unterricht umzusetzen.	<p>Bund</p> <p>8.1 Obligatorischer Unterricht zu politischer Bildung für PH-Studierende</p> <p>8.2 Vermehrte Informations- und Ausbildungstätigkeit direkt durch die nationale Ebene</p> <p>8.3 Entwicklung von Handlungsempfehlungen für Lehrpersonen</p> <p>8.4 Fachlicher Austausch zwischen Expert*innen der formalen und ausserschulischen Bildung fördern</p> <p>8.5 Finanzielle Unterstützung der Aus- und Weiterbildung von ausserschulischen Multiplikator*innen, die Lehrpersonen schrittweise befähigen</p> <p>Kanton</p> <p>8.6 Obligatorische Weiterbildung für Lehrpersonen unterschiedlicher Fächer</p> <p>8.7 Finanzielle Unterstützung von Weiterbildungen für weitere Akteur*innen politischer Bildung</p>
<b>9: Politische Bildung muss erforscht werden</b>	Politische Bildung ist nur zu Teilen erforscht und es existieren kaum empirische Studien zur Wirksamkeit verschiedener Lernmethoden oder einzelner Angebote.	<p>Bund</p> <p>9.1 Fördermittel für Forschung und Ausbildung</p> <p>9.2 Nationales Zentrum für politische Bildung</p> <p>9.3 Forschung im Bereich Lernspiele und zeitgemässe politische Kommunikation</p> <p>Kanton</p> <p>9.4 Lehrstühle für politische Bildung an Hochschulen</p>
<b>10: Politische Bildung braucht Diskurs</b>	In der Schweiz wird zu wenig über die Inhalte und Ziele der politischen Bildung diskutiert. In	<p>Bund</p> <p>10.1 Kommittent zum Beutelsbacher Konsens</p>

	der Schweiz gibt es keine Einigkeit darüber, wie diese umgesetzt werden soll.	10.2 10.3	Nationales Zentrum für politische Bildung Nationaler Referenzrahmen
--	---	--------------	--